

Satzung des Kleingartenverein Aligse e. V. „Im Wiesengrund“



1. Name und Sitz

- 1.1 Der Verein führt den Namen Kleingartenverein Aligse e. V. „Im Wiesengrund“. und hat seinen Sitz in 31275 Lehrte
- 1.2 Das Vereinslogo ist ein Baum in einem Kreis:
- 1.3 Die Geschäftsadresse ist die Anschrift des/der jeweiligen Vorsitzenden.
- 1.4 Er stellt die Vereinigung der Kleingärtner innerhalb des Vereinsgebietes dar und umfasst die Kleingartenanlage Im Wiesengrund in Lehrte Ortsteil Aligse.
- 1.5 Der Verein ist Mitglied im Bezirksverband Lehrte der Kleingärtner e.V. und über diesen, Mitglied im Landesverband Niedersächsischer Gartenfreunde e.V. und im Verein zur Förderung der Dorfgemeinschaft Aligse, Röddensen und Kolshorn.
- 1.6 Der Verein ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Hildesheim unter der VR Nr.: 130029 eingetragen. Er wird die Voraussetzungen der Steuerbegünstigung (59 AO) erfüllen und die tatsächliche Geschäftsführung (63 AO) satzungsgemäß durchführen.
- 1.7 Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Januar. bis zum 31. Dezember.

2. Zweck und Aufgaben

- 2.1 Der Verein
 - verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Kleingärtnerei und im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
 - ist parteipolitisch, weltanschaulich und konfessionell neutral, ist selbstlos tätig und lehnt jede wirtschaftliche mit Gewinnabsichten verbundene Tätigkeit im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung ab.
- 2.2 Der Verein verwirklicht den Satzungszweck insbesondere durch:
 - a) Förderung der Kleingärtnerei
 - b) die Schaffung und Erhaltung von Kleingärten als Teil des öffentlichen Grüns im Interesse der Gesunderhaltung der gesamten Bevölkerung zu fördern.
 - c) das Interesse für den Kleingarten als Teil des öffentlichen Grüns in der Bevölkerung zu wecken und zu intensivieren, um den Menschen die enge Verbindung zur Natur zu erhalten.
 - d) alle Maßnahmen zu fördern, die sicherstellen, dass öffentliche Grünflächen und Kleingartenanlagen dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
 - e) die Kinder- und Jugendpflege zu betreiben, die Deutsche Schreberjugend zu fördern.
 - f) die Kleingartenbewirtschaftung zu pflegen und die Mitglieder fachlich zu beraten.
 - g) die Kleingartenanlagen in Anpassung an den modernen Städtebau auszubauen

2.3 Gemeinnützigkeitsbestimmungen:

- a) Die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- b) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- c) Beiträge und Umlagen
 - (1) Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Diese sind die regelmäßigen Beiträge (Jahresbeitrag), die Aufnahmegebühren sowie erforderlichenfalls außerordentliche Beiträge (Umlagen).
 - (2) Die Höhe und die Fälligkeiten des Jahresbeitrags und der Aufnahmegebühren werden von der Mitgliederversammlung beschlossen.
 - (3) Über die Notwendigkeit, Höhe und Fälligkeit von Umlagen entscheidet die Mitgliederversammlung. Dabei darf die Umlage maximal 100,00 € im Jahr betragen.

3. Mitgliedschaftsrechte und –Pflichten

- 3.1 Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Alle Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten. Die Mitgliedschaft ist persönlich, nicht vererblich und auch nicht übertragbar. Mitglied des Vereins kann jede geschäftsfähige Person werden, sofern sie die bürgerrechtlichen Ehrenrechte besitzt und uneingeschränkt über ihr Vermögen verfügen kann.
- 3.2 Die Aufnahme ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Dieser entscheidet durch Beschluss über die Aufnahme. Der Beschluss ist dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen, er muss nicht begründet werden. Im Falle einer Ablehnung kann der Antragsteller innerhalb eines Monats nach Zugang der schriftlichen Mitteilung Einspruch beim Vorstand einlegen. Hilft der Vorstand den Einspruch nicht ab, hat er die Angelegenheit der nächsten Mitgliederversammlung vorzulegen. Vor Entscheidung der Mitgliederversammlung ist die Anrufung eines ordentlichen Gerichts nicht zulässig.
- 3.3 Die Mitgliederversammlung kann Persönlichkeiten, die sich um das Kleingartenwesen besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen. Ehrenmitglieder sind von der Verpflichtung, Beitrag zu zahlen, entbunden. Ehrenmitglieder mit Garten, sind gleichzeitig von der Gemeinschaftsarbeit befreit.
- 3.4 Durch seine Beitrittserklärung erkennt das neue Mitglied die Satzung und die Gartenordnung als rechtsverbindlich an.
- 3.5 Das Mitglied hat das Recht:
 - a) das aktive und das passive Wahlrecht innerhalb des Vereins auszuüben.
 - b) Anträge und Vorschläge einzubringen und vorzutragen.
 - c) an Beschlussfassungen in den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und durch seine Stimme mitzuwirken.
 - d) das Protokoll über die Mitgliederversammlungen einzusehen.
 - e) Veranstaltungen und Schulungen des Vereins zu besuchen und Einrichtungen des Vereins nach Maßgabe getroffener Beschlüsse zu nutzen.
 - f) seinen auf Grund der Mitgliedschaft zur kleingärtnerischen Nutzung überlassenen Kleingarten unter Beachtung der geltenden Satzungsbestimmungen, der Gartenordnung und des Unterpachtvertrages zu bearbeiten und zu gestalten.
- 3.6 Das Recht zur kleingärtnerischen Nutzung ist kein Sonderrecht im Sinne des § 35 des BGB.
- 3.7 Das Mitglied hat die Pflicht:
 - a) das Ansehen des Vereins zu wahren und zu fördern, sowie jederzeit seine Interessen zu vertreten.
 - b) den festgesetzten Beitrag, die beschlossenen Umlagen zu zahlen und den sonstigen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Verein zu den festgesetzten Terminen nachzukommen. Zahlungen werden zunächst auf die Mitgliedsbeiträge und Umlagen angerechnet. Gegenteilige Anweisungen bei Zahlungen gelten als nicht erfolgt. Werden Zahlungstermine nicht eingehalten, sind Mahngebühren und ggf. Einziehungskosten zu zahlen.
 - c) Gemeinschaftsarbeit zu leisten (betrifft Mitglieder mit Garten).
 - d) die Gartenordnung zu beachten und die sonstigen Anweisungen des Vorstandes oder seiner Beauftragten (Obleute usw.) zu befolgen.
 - e) Wohnungswechsel und Änderung des Namens dem Vorstand sofort schriftlich mitzuteilen.

3.8 Die Rechte und Pflichten der Mitglieder ohne Garten, können durch Beschluss der Mitgliederversammlung eingeschränkt werden.

4. Erlöschen der Mitgliedschaft

4.1 Die Mitgliedschaft erlischt:

- a) erst mit Abschluss der Liquidation/mit dem Erlöschen des Vereins.
- b) durch Austritt, der nur zum Schluss eines Geschäftsjahres erfolgen kann und schriftlich bis zum 3. Werktag im Oktober anzuzeigen ist.
- c) durch Tod.
- d) durch Ausschluss. Er kann durch den Vorstand erst ausgesprochen werden, wenn dem Betroffenen innerhalb einer Frist von zwei Wochen Gelegenheit gegeben wurde, sich zu rechtfertigen. Der Ausschlussbeschluss mit Begründung ist dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief oder durch Boten bekannt zu machen. Gegen den Bescheid steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muss binnen einer Frist von einem Monat nach Erhalt eingelegt werden. Die nächste stattfindende Mitgliederversammlung entscheidet, vorbehaltlich einer gerichtlichen Nachprüfung, endgültig.

4.2 Ausschlussgründe sind:

- a) ehrloses oder unsittliches Verhalten. Der Ausschluss sollte erfolgen, wenn sich das Mitglied oder eine zu seinem Haushalt gehörende Person innerhalb des vom Verein betreuten Geländes des Diebstahls schuldig gemacht hat.
 - b) Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtungen trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung durch den Vorstand.
 - c) vorsätzliche Schädigung der Vereinsinteressen.
 - d) grobe Beleidigung des Vorstandes.
 - e) Verlust der Geschäftsfähigkeit.
 - f) Verlust der Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen sowie die Bestrafung wegen eines Verbrechens während der Mitgliedschaft.
 - g) Lagerung und unbefugtes Benutzen von Schusswaffen innerhalb des Vereinsgeländes.
- 4.3 Mit Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Rechte aus der Mitgliedschaft und am Vereinsvermögen.

5. Organe

5.1 Organe des Vereins:

- a) die Mitgliederversammlung.
- b) Der Vorstand

6. Der Vorstand

6.1 den Vorstand bilden:

- a) der/-die Vorsitzende
- b) der/-die Stellvertretende Vorsitzende
- c) der/-die Kassierer/-in
- d) der/-die Schriftführer/-in
- e) der/-die Gartenfachberater/-in

6.2 Der Vorsitzende, der Stellvertretende Vorsitzende, der Kassierer und der Schriftführer sind Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Der Vorsitzende wird im Innenverhältnis im Falle der Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Je zwei von ihnen, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, sind zur rechtsverbindlichen Vertretung des Vereins berechtigt.

6.3 Der Gartenfachberater ist stimmberechtigter Beisitzer. Weitere, wie Obleute, Jugendleiter, Pressewart, können hinzugezogen werden, sie haben kein Stimmrecht.

7. Vorstandswahlen und Geschäftsführung

- 7.1 Der Vorstand nach 6.1 a bis e) wird durch Zuruf (offene Abstimmung) oder auf Antrag eines Mitgliedes durch geheime Wahl (Stimmzettel) in der Mitgliederversammlung auf vier Jahre gewählt.
Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes läuft jeweils bis zur Beendigung der nächsten Mitgliederversammlung, in der die betreffenden Wahlen auf der Tagesordnung stehen. Wiederwahl ist zulässig.
- 7.2 Zur Bearbeitung besonderer Angelegenheiten können von der Mitgliederversammlung oder dem Vorstand Ausschüsse gewählt werden.
- 7.3 Die Mitglieder des Vorstandes werden grundsätzlich ehrenamtlich tätig.
Auf Beschluss des Vorstandes können den Vorstandsmitgliedern pauschalisierte Aufwandsentschädigungen gezahlt werden. Die steuer- und abgabenrechtlichen Vorschriften sind dabei einzuhalten. Der Umfang der Vergütungen darf nicht unangemessen hoch sein. Maßstab der Angemessenheit ist die gemeinnützige Zielsetzung des Vereins. Die Erstattung von Auslagen gegen Beleg bzw. nachgewiesener Fahrtkosten bleibt hiervon unberührt.
- 7.4 Der Vorstand beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Hälfte seiner Mitglieder nach 6.1, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, anwesend ist. Der Vorstand ist auch dann beschlussfähig, wenn nicht alle Vorstandsposten besetzt sind oder in der Zeit zwischen den Wahlen nicht besetzt bleiben.
- 7.5 Ist eine Willenserklärung dem Verein gegenüber abzugeben, muss sie schriftlich erfolgen. Es genügt die Abgabe gegenüber einem Mitglied des Vorstandes.
- 7.6 Der Vorstand besorgt alle Vereinsangelegenheiten, die nicht der Mitgliederversammlung ausdrücklich vorbehalten sind.
- 7.7 Über alle Vorstandssitzungen müssen Protokolle angefertigt und in der nächsten Vorstandssitzung bestätigt werden.

8. Mitgliederversammlung

- 8.1 Sitz und Stimme in der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied. Das Stimmrecht kann im Verhinderungsfall einem geschäftsfähigen Familienmitglied durch schriftliche Vollmacht übertragen werden.
- 8.2 Die Mitgliederversammlung beschließt über die Angelegenheiten des Vereins, soweit sie ihr vorbehalten sind. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist es erforderlich, dass der Gegenstand in der Einberufung bezeichnet oder gemäß Ziffer 9.4 auf die Tagesordnung gesetzt worden ist.

9. Einberufung und Aufgabe der Mitgliederversammlung

- 9.1 Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt. Weitere Mitgliederversammlungen werden nach Bedarf oder auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder vom Vorstand einberufen. Der Antrag muss begründet sein. Der Vorstand muss eine Mitgliederversammlung einberufen, wenn die Kassenprüfer es verlangen.
- 9.2 Die Einladungen haben schriftlich, mindestens zwei Wochen vorher zu erfolgen. Die Tagesordnung ist bei der Einberufung bekannt zu geben. Beantragte Satzungsänderungen müssen unter Angabe des Gegenstandes in der Tagesordnung bekannt gegeben werden.
- 9.3 Aufgabe der Mitgliederversammlung ist:
 - a) Geschäfts-, Kassen- und Prüfungsberichte entgegenzunehmen,
 - b) den Vorstand zu entlasten,

- c) die Vorstandsmitglieder, Beisitzer und Kassenprüfer zu wählen,
 - d) die vorzeitige Abberufung von gewählten Vorstandsmitgliedern,
 - e) über Satzungsänderungen zu beschließen,
 - f) Beiträge, Umlagen und Zahlungstermine festzulegen,
 - g) über die Gemeinschaftsarbeit und deren Ersatzleistungen zu befinden
(betrifft Mitglieder mit Garten),
 - h) den Haushaltsvoranschlag zu genehmigen,
 - i) Beratung und Beschlussfassung über Anträge an die Mitgliederversammlung,
 - j) Ehrenmitglieder zu ernennen,
 - k) die Einsetzung von Ausschüssen
- 9.4 Anträge sind spätestens sechs Wochen vor der Mitgliederversammlung dem Vorstand schriftlich einzureichen. Verspätet eingegangene Anträge bedürfen, wenn sie behandelt werden sollen, der Unterstützung von einem Drittel der erschienenen Mitglieder, ausgenommen die Anträge, deren Beschlussfassung einer qualifizierten Mehrheit bedarf.
- 9.5 Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- 9.6 Beschlüsse werden, soweit keine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmenthaltung gilt als Nichtabgabe der Stimme. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung, ausgenommen bei Wahlen. Ergibt sich bei Wahlen Stimmgleichheit, erfolgt eine Stichwahl. Führt auch sie zu keiner Mehrheit, entscheidet das Los. Es zieht der Vorsitzende oder sein Vertreter.
Qualifizierte Mehrheiten sind erforderlich
- a) bei Satzungsänderungen – drei viertel der erschienenen Mitglieder.
 - b) bei Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins – drei viertel der aller Mitglieder.
 - c) bei Beschlussfassung über die vorzeitige Abberufung von Vorstandsmitgliedern – zweidrittel der erschienenen Mitglieder.
- 9.7 Zur Beurkundung der Beschlüsse ist von jeder Versammlung ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Das Protokoll ist von der nächsten Mitgliederversammlung zu genehmigen.
- 9.8 Auch ohne Versammlung der Mitglieder ist ein Beschluss gültig, wenn die Mehrzahl der Mitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss schriftlich erklärt hat.
- 9.9 Satzungsgemäße Beschlüsse sind für alle Mitglieder verbindlich.

10. Kassen und Rechnungswesen

- 10.1 Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres hat der Vorstand einen Haushaltsvoranschlag aufzustellen, in dem sämtliche kalkulierbaren Ausgaben durch zu erwartende Einnahmen gedeckt sein müssen. Rücklagen dürfen herangezogen werden. Der Haushaltsvoranschlag gilt vorläufig bis zur Bestätigung oder Abänderung durch die Mitgliederversammlung. Über- und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen, soweit sie nicht durch Einsparung an anderer Stelle oder durch Mehreinnahmen gedeckt werden können, der Genehmigung der Mitgliederversammlung. Im Laufe des Geschäftsjahres erzielte Überschüsse müssen ausschließlich gemeinnützigen kleingärtnerischen Zwecken zugeführt werden.
- ^ 10.2 Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- 10.3 Von der Mitgliederversammlung werden jährlich zwei Kassenprüfer und ein Vertreter gewählt, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Wiederwahl ist zulässig.
Die Kassenprüfer haben nach Bedarf, mindestens aber einmal im Jahr, die Kasse,

Bücher und Belege des Vereins zu prüfen. Außerdem haben die Kassenprüfer den Jahresabschluss und den Kassenbericht zu prüfen. Über jede Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, das von den Kassenprüfern und dem Kassierer zu unterzeichnen ist. Dem Vorstand und der Mitgliederversammlung ist über die Prüfung zu berichten.

11 Änderung des Zwecks – Auflösung

- 11.1 Die Änderung des Zwecks des Vereins oder seine Auflösung können nur in einer Mitgliederversammlung beschlossen werden, die hierzu besonders einzuberufen ist.
- 11.2 Bei Aufhebung oder Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an den Bezirksverband der Kleingärtner Lehrte e.V., der es unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Kleingärtnerei zu verwenden hat.
- 11.3 Beschlüsse, die eine Änderung des Vereinszweckes oder bei der Auflösung einer Vermögensverfügung bedeuten, sind unverzüglich dem Finanzamt mitzuteilen und dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

11 Satzungsänderung

Der Vorstand wird ermächtigt, Satzungsänderungen, die vom Finanzamt bzw. der Aufsichtsbehörde für die (kleingärtnerische) Gemeinnützigkeit oder dem Amtsgericht für die Eintragung des Vereins verlangt werden, selbst einstimmig zu beschließen. Der Vorstand ist verpflichtet, seine Mitglieder hierüber zu informieren.

Diese Neufassung der Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am 14. April 2018 genehmigt.

Diese Satzung wurde in das Vereinsregister beim Amtsgericht Hildesheim unter der VR-Nr.: 130029 eingetragen.

Gerhard Braun
Vorsitzende/-r
Vor- und Nachname

Unterschrift

Lars Sörenhagen
Kassenführer/-in
Vor- und Nachname

Unterschrift